

Die resiliente Demokratie ist solidarischer

Standpunkt

Arno Niesner

Wie können wir im Sinne des republikanischen Verfassungsprinzips in einer globalisierten Welt die Gemeinwohlinteressen innerhalb nationaler Grenzen stärken, um Spaltungstendenzen und deren negative Folgen zu vermeiden?

Mit der Erstürmung des Kapitols in Washington, D. C. am 6. Januar 2021 ist ein neuer Tiefpunkt in der jahrtausendelangen Entwicklung der Demokratie erreicht worden. Ihre vielen Errungenschaften zum Wohle breiter Gesellschaftsschichten sind aber nicht erst seit diesem Datum gefährdet. Umso wichtiger wird es daher sein, zukunftstaugliche Konzepte für eine resilientere Gesellschaft zu erarbeiten und umzusetzen.

Die bisherigen, und damit auch die bildungspolitischen Bemühungen der »Angehörige[n] von entwickelten demokratischen Nationalstaaten« (1) waren allesamt zu gering, um das Aufkommen rechtspopulistischer Politik zu verhindern. Es ist vielmehr zu vermuten, dass bestehende politische Strukturen dies eher begünstigen:

Während »einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und solche mit niedrigeren Bildungsabschlüssen« gemeinsam mit »oberen Einkommensgruppen (über 4000 € Einkommen) signifikant häufiger AfD wählen (...) als die mittleren Einkommensgruppen« (2), werden gleichzeitig die politischen Anliegen der gesellschaftlichen Mitte vernachlässigt. Offensichtlich ist die Lobby der unteren und mittleren Einkommensschichten – sofern sie existiert – nicht erfolgreich genug. Ulrike Herrmann schreibt über die Mittelschicht, die sich selbst betrügt: »Wenn sie absteigt, dann nur, weil sie an diesem Abstieg mitwirkt.« (3)

Wen wundert es also, wenn im Jahr 2017 Lea Elsässer et al. in ihrem Aufsatz »Dem Deutschen Volke?« Die ungleiche Responsivität des Bundestags feststellen: »Was Bürger/innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollten, hatte in den Jahren von 1998 bis 2015 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden. Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft also auch auf Deutschland zu.« (4)

Zivilgesellschaftliche Instanzen für eine zukunftsfähige Demokratie

Gehen wir davon aus, dass ein »gekaufter Staat« sich so lange von seiner bisherigen Zuschreibung als Gemeinwohlinstanz entfernt wie die beschriebenen Gegebenheiten [s. auch ergänzenden Hinweis in (4)] wirksam sind, dann haben wir hier einen möglichen Hebel gefunden, der uns beim Bau einer resilienteren Gesellschaft dienlich sein kann: die Schaffung neuer oder die Reform bestehender Strukturen/Institutionen zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement (5). Diese sollen dann jenen Geist wieder zurück in die Flasche bringen, der die von Anthony B. Atkinson so bezeichnete »Ungleichheitswende« hervorbrachte. Seiner Meinung nach braucht es dafür eine entsprechende Gegenmacht (6).

